DIE LINKE. BRISE

Nord Nordost **Jun 2018**

Information der LINKEn Vorpommern-Rügen

Regionalverband Grimmen

Kommunalpolitische Leitlinien weiterentwickeln

Die Kommunalwahlen 2019 werfen ihren Schatten voraus. Sie wird für DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern sowohl eine personelle als auch eine inhaltliche Herausforderung werden. Viele gestandene Kommunalvertreter in Gemeinden und Stadtvertretungen, in Bürgerschaften und Kreistagen werden ihre Verantwortung weitergeben. Um dafür genügend neue engagierte und fähige Mitstreiter zu gewinnen bedarf es großer Anstrengungen.
Dies gilt auch für die Kommunen in Nordvorpommern und Rügen. In der Hansestadt Stralsund soll wieder eine Fraktion der LINKEN mitwirken, nachdem die LoL in der laufenden Wahlperiode die Fahne der linken Politik im Rathaus hochgehalten hat. Jeder ist aufgerufen sich umzuhören wer linke Politik in den Kommunen mitgestalten könnte und diese auch anzusprechen, ob in der Familie oder im Bekannten- und Kollegenkreis.

Inhaltlich hat die Landespartei alle Genossinnen und Genossen genau wie unsere SympathisantInnen aufgerufen, bei der Weiterentwicklung unserer kommunalpolitischen Leitlinien mitzuwirken. Dazu wurden Themenbausteine entwickelt, die an die jeweilige Situation im Kreis, der Stadt und der Gemeinde angepasst werden können. Dabei gibt es keine starren Vorgaben, kann es nicht geben, weil die Bedingungen in der Hansestadt Rostock mit ihrer Wohnraumknappheit, ganz sicher andere sind als in der Gemeinde Süderholz wo es eher darum geht einen Bevölkerungrückgang zu begrenzen.

Jeder ist aufgerufen sich aus dem Baukasten der kommunalpolitischen Leitlinien zu bedienen, sie auszubauen und kluge Ideen mit anderen zu teilen - auch mit Genossen in anderen Kommunen.
Die größten Herausforderungen sind allerdings wohl überall:

1. Die zunehmende Digitalisierung mit allen zu erwartenden Umbrüchen und ihren positiven wie negativen Folgen.
2. Das Dauerthema Kommunalfinanzen und dem Tauziehen mit dem Schweriner Finanzministerium.
3. Angesichts weiterer Zentralisierungsbestrebungen das Mitspracherecht der Bürger gegen eine mögliche Verwaltungsdiktatur verteidigen.

Diese Dinge beeinflussen auch alle anderen Bausteine.

In unserer Region gilt es vor allem Schulstandorte zu sichern, den öffentlichen Personennahverkehr zu retten und die Gesundheitsversorgung zu erhalten. Eine Herausforderung wird sein, Wohnraum zu schaffen der altersgerecht u n d bezahlbar ist, auch wenn die Rente nicht gerade üppig ausfällt.
Für alle diese Fragen reicht es aber nicht die Probleme nur zu nennen. Die Wählerinnen und Wähler wollen wissen, welche Lösungskonzepte dafür genannt werden können und ob sie realistisch und umsetzbar sind. Welche Punkte wo für DIE LINKE Priorität hat und mit wem man bereit ist bei Lösungen vor Ort zusammenzuarbeiten.

Starten wir also jetzt - und nicht erst kurz vor den ersten Wahlversammlungen

Kreisverband VR hat Landratskandidat nominiert

Etwas turbulent verlief die Nominierung des Landratskandidaten unserer Partei. Nachdem die Wahlversammlung am 24. Februar Dr. Karl Michael Meiss aus Niepars als Kandidaten mit 6 Stimmen Vorsprung vor seinem Mitbewerber Steffen Bartsch-Brüdgam nominiert hatte, stellte sich heraus, dass der frisch gewählte Kandidat das Höchstwahlalter um einige Tage überschritten hatte. Peinlich, peinlich für den Kreisvorstand, der die Wählbarkeit nicht sorgfältig genug überprüft hatte. Allerdings war dadurch eine ausreichende Presseaufmerksamkeit gesichert…. Glücklicherweise erklärte sich Steffen Bartsch-Brüdgam telefonisch zur erneuten Kandidatur bereit und wurde in einer zweiten einberufenen Wahlversammlung am 9. April, diesmal nach allen geltenden Regeln, als Kandidat zur Landratswahl am 27. Mai von der Versammlung nominiert. Der Kreiswahlausschuss hat die Kandidatur mittlerweile bestätigt.

Die Finanzen der Kreispartei

Armin Latendorf
Kreisschatzmeister

Der Finanzbericht umfasst sowohl die im Kreisverband selbst gebuchten Bewegungen, als auch die über die Landesgeschäftsstelle unserem Kreisverband zugeordneten Ein- bzw. Ausgaben und unterscheidet sich deshalb vom obligatorischen Rechenschaftsbericht nach Finanzordnung, der nur das erstere verlangt. Ich habe ihn nach den in der Landesgeschäftsstelle geprüften Angaben für 2017 erstellt.
Zuerst zu unseren Einnahmen:
Die Mitgliedsbeiträge der Genossen unseres Kreisverbandes betrugen **75689 €.** Mandatsträgerbeiträge der Mitglieder kommunaler Gremien betrugen **5516 €.** An Spenden konnten wir **15359 €** einnehmen, ein Großteil natürlich im Bundestagswahlkampf. **7.191 €** waren unter sonstige Einnahmen verzeichnet, das waren zum allergrößten Teil die Mietanteile von Kerstin Kassner und Wolfgang Weiß, die in unseren 3 Geschäftsstellen ja auch ihre Wahlkreisbüros unterhalten.
Dann gab es mit **3200** Euro noch einen Zuschuss aus dem Kreisfinanzausgleich und für satte **148** € konnten wir Druckerzeugnisse an die Frau oder den Mann bringen. Summiert haben wir 2017 **107.104 €** eingenommen.

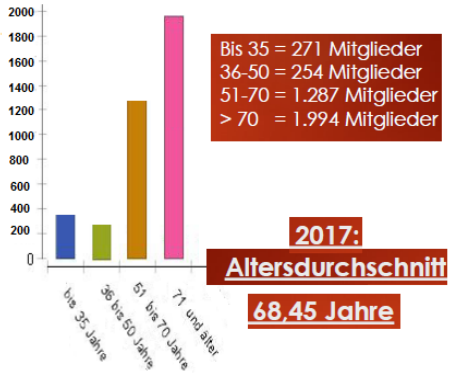
Ausgegeben haben wir **751 €** mehr, nämlich **107855 €.**
Der dickste Brocken war dabei, wie immer, die Personalausgabe für unseren Kreisgeschäftsführer mit **43150 €.** Davon darf er dann allerdings nur gut die Hälfte behalten, der Rest geht an Staat und Sozialversicherungen.

Wir haben **30276 €** Beitragsanteile an die Landespartei abgeführt, damit in Schwerin nicht das Licht ausgeht.
Der Bundestagswahlkampf hat uns insgesamt **10690 € gekostet** und das war gut investiertes Geld, da die „Groko-Chaostage" in Berlin nicht doch noch in eine Neuwahl mündeten und unsere Kreisvorsitzende in den Bundestag einzog.
Für den laufenden Geschäftsbetrieb haben wir **16278** € aufgewendet, davon **12708 €** für die Büromieten nebst Nebenkosten, **1510 €** waren Telefonkosten, für **112 €** fielen Reparaturen an und **1947 €** waren allgemeine Geschäftskosten von A wie Aktenordner bis Z wie Zettelblock.
Last but not least die politische Arbeit. Hierfür haben wir 2017 insgesamt **7461 €** ausgegeben, davon für unsere Gesamtmitgliederversammlungen und Konferenzen **1676 €,** für Sitzungen **998 €** und **1200 €** für andere politische Veranstaltungen. Weiter gehören zu diesen Kosten **2742 €** für Öffentlichkeitsarbeit sowie **846** € für Infomaterial und andere Parteiliteratur.
Das waren die Finanzen für 2017. Die Landesschatzmeisterin hat uns für unser Wirtschaften gelobt. Wir brauchen uns im Landesvergleich absolut nicht verstecken, obwohl sich die Strukturschwäche von VR natürlich auch bei uns als Partei bemerkbar macht.
Abweichungen zum Plan hatten wir kräftige bei den Wahlkampfkosten. Das lag aber vor allem daran, dass 2016 noch gesagt worden war, dass die Bundespartei diese Kosten weitestgehend trägt, was sich im Laufe des Jahres dann allerdings anders dargestellt hat. Da mussten wir dann nachjustieren.
Zum Schluss noch einen Ausblick auf das laufende Jahr. Wir haben den Finanzplan gemeinsam mit der Landesschatzmeisterin erstellt. Er beruht natürlich vor allem auf den Erfahrungswerten des vergangenen Jahres. Zu dem Zeitpunkt war allerdings noch nicht absehbar, welche Mittel für den Landratswahlkampf notwendig sind. Mit der Aufstellung eines eigenen Landratskandidaten ist das anders und schon müssen wir die Planung anpassen, wobei auch hier noch die Unsicherheit einer möglichen Stichwahl besteht.

Regionalverbände brauchen Projektideen

Die von der Landespartei für Ausstattungen zur Verfügung gestellten 5000 Euro für unseren Kreisverband sind jetzt aus den Regionalverbänden mit Ideen unterlegt worden. Zelte, Infotheken, Drucker oder Beschallungsanlagen fanden sich unter anderen auf der Wunschliste wieder.
Etwas dürftiger sieht es allerdings bei Projektideen aus. Auch hier stehen insgesamt 5000 Euro aus der Landeskasse zur Verfügung. Da das halbe Jahr schon bald vorbei ist, wird es höchste Zeit sich in den Regionen dazu ein paar Gedanken zu machen.

Landesvorstand: neue Struktur für die Arbeit der Landespartei notwendig



DIE LINKE M-V muss auf die Mitgliederentwicklung der Landespartei reagieren. Die ergab sich aus der Klausurberatung des Landesvorstandes im Februar in Nienhagen. Über 60 Prozent unserer Genossen in MV haben inzwischen das Rentenalter erreicht. Jedes Jahr schrumpfen die Mitgliederzahlen um etwa 5%. Deshalb muss sich aus den sich daraus ergebenden, langfristig geringer werdenden Beitragseinnahmen auch ein Umdenken bei den Ausgaben der Partei in Mecklenburg-Vorpommern ergeben.
Der Landesvorstand hat deshalb eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die Vorschläge zur künftigen Mitarbeiterstruktur erarbeiten wird. Dies soll und muss immer auch unter Mitnahme der Kreisverbände geschehen. Ein Vorschlag wäre die Abkehr von der Beschäftigung von Geschäftsführern in jedem Kreisverband hin zu Regionalmitarbeitern die jeweils mehrere Kreisverbände betreuen. Als Regionen könnten dabei Vorpommern, Westmecklenburg, die Seenplatte sowie Rostock in Frage kommen. Das ob und wie ist aber immer noch offen und die Diskussion steht noch am Anfang. Unstrittig ist allerdings, dass es Veränderungen geben muss und wird. Als erster Test könnten dabei die Kreisverbände Nordwestmecklenburg und Schwerin gelten, wo es ab Juni einen gemeinsamen Geschäftsführer geben wird.

Fraktionsvorsitzende der Landtagsfraktion der LINKEN in Grimmen

Am 18.5. besuchte Simone Oldenburg als Unterstützung des Wahlkampfes von Steffen Bartsch-Brüdgam den Markttag in Grimmen. Dabei ließ sie sich nicht die Gelegenheit entgehen neben vielen Gesprächen mit Bürgern auch die Grimmener Tafel ganz konkret mit einer Sachspende zu unterstützen. Sie übergab einen Wunschkorb mit dringend benötigten Alltagsartikeln für die tägliche Arbeit der Tafel. Mit dabei die Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Kreistag Vorpommern Rügen, Christiane Latendorf.

Im Anschluss besuchte Simone Oldenburg gemeinsam mit Steffen Bartsch-Brüdgam und der Grimmener Regionalvorsitzenden Ingrid Hoffmann den Grimmener Tierpark. Stadtvertreter und Tierparkfördervereinschef Klaus Wohlfahrt führte gemeinsam mit Stadtvertreter Armin Latendorf die Gäste durch dieses Kleinod. Er machte auf neue Vorhaben aber auch Schwierigkeiten aufmerksam. So sind einige Volieren und Unterkünfte mittlerweile doch in die Jahre gekommen und bedürfen einer dringenden Grundsanierung. Auch der Wintereinbruch zu Ostern hat nicht nur in Marlow Wirkung gezeigt. Simone Oldenburg machte auf Landesfördermöglichkeiten und den Unterstützungsfonds der Bundestagsfraktion aufmerksam.

Landesmitgliederkonferenz am 24. 3. 17 in Güstrow

DIE LINKE.
MECKLENBURG-VORPOMMERN

Aussprache der Basis zur Situation der Partei, neue Aufgaben und ein Ausblick in die Zukunft.

Wer am 26.4. in den bürgerlichen Lokalblättern im Land die Schlagzeilen der Berichte über unsere Mitgliederkonferenz gelesen hat, musste den Eindruck bekommen dort habe ein fürchterliches Hauen und Stechen stattgefunden, kurz vor Ausbruch einer großen Saalschlacht und DIE LINKE MV wäre kurz vor dem Zusammenbruch. Ich weiß nicht wie oft seit 1990 dies in den Medien schon prophezeit wurde. Und ich kann Euch beruhigen, es war wie immer eine Medienente und wir konnten in der Mittagspause friedlich unsere Wiener essen und unseren Kaffee miteinander trinken. Die Versammlungsleitung Dieter Kowalick, Wolfgang Methling und Kerstin Kassner betonten zum Schluss noch einmal wie diszipliniert die Veranstaltung abgelaufen sei.

Aus unserem Kreisverband waren etliche Vertreter aus allen unseren Regionalverbänden in Güstrow dabei. Wir erlebten eine offene, zum allergrößten Teil sachliche Aussprache. Die Kritikpunkte am Vorstand wurden genannt. Es waren im Wesentlichen die Benennung des neuen Geschäftsführers und die Vergütung der Landesvorsitzenden, also nichts Neues. Dazu nahmen beide Landesvorsitzenden noch einmal Stellung, räumten einzelne Fehler ein und kündigten Regelungen an, um für die Zukunft diese auszuschließen.
Sehr viele Genossen ergriffen auf der Konferenz das Wort und stellten ihre Meinung dar. Nur die allerwenigsten, fast alle aus dem Schweriner Bereich, sahen eine Partei in der Zerreißprobe. Viel Widerspruch gab es auch für die Parteimitgliedern die über die Medien unserer Partei Schaden zufügen. Die Mitglieder vor Ort müssen bei solchen Meldungen sofort informiert werden, über was die Zeitungen da überhaupt schreiben.
Kritik beim Start einer neuen Parteiführung sei nichts Neues sondern Normalität im Land formulierten einige Redner.
Die Aussage, DIE LINKE sei in der Defensive und im Land zu wenig sichtbar wurde zurückgewiesen. Dagegen spräche sowohl die Arbeit der Landtagsfraktion als auch vieler Kommunalvertreter überall im Land. Simone Oldenburg mahnte allerdings eine bessere Öffnung der Partei an, geschlossene Sitzungen im eigenen Kreis sollten die Ausnahme sein.
Es gab aber auch Redebeiträge einfach zu Sachthemen etwa von Helmut Scholz zu seiner Arbeit im Europaparlament, Lutz Hänsel zur politischen Bildung oder Wilfried Böhme zum Start des linken Internetradios.
Torsten Koplin stellte dann im zweiten Tagesordnungspunkt seine Vorstellung zur Parteistrategie der nächsten Jahre vor. Er stellte klar, dass es sich hierbei ein Angebot handele, welches in der Partei breit diskutiert werden soll und lud die Mitglieder zur konstruktiven Mitarbeit ein. Auch hierzu nahmen einige Redner Stellung und verlangten zum Beispiel ein Loslösen vom Denken von Wahl zu Wahl.

Die Diskussion zu den kommunalpolitischen Leitlinien kam dagegen etwas sehr zu kurz, aber gegen 15:30 lichteten sich die Reihen doch ziemlich schnell. So blieb es bei der kurzen Vorstellung und einem Redebeitrag zur allgemeinen Situation in den Kommunen durch Jeannine Rösler der Vorsitzenden des Kommunalpolitischen Forums MV.
Verabschiedet haben die Teilnehmer der Konferenz eine Resolution gegen Waffenexporte und die Kriegsführung in Syrien besonders der türkischen Invasion um Afrin.

Von Spaltung der Partei und Generalabrechnung mit dem Vorstand, wie es z.B. die Ostsee Zeitung reißerisch schrieb, konnte auf dieser Konferenz jedenfalls keine Rede sein. Wir haben es anders erlebt.

Armin Latendorf , Regionalverband Grimmen

www.originalsozial.de

Kreistag im Mai - der Landratswahlkampf lässt grüßen

Der Landrat überraschte die Kreistagsmitglieder mit seinem vorfristigen Abschiedsgeschenk. Wir nordeln. als Kreis-Slogan und ein überarbeitetes Logo des Landkreises, Mal sehen wie es bei den Bürgern pardon nordelnern ankommt....
Aber auch darüber hinaus hatte der Kreistag einiges an Unterhaltungswert. Gegenseitiges Vorwerfen von Wahlkampfgetöse - je nachdem wer gerade nicht toste -, ein Sozialausschussvorsitzender der keine Lust hat sich in seinem Ausschuss mit sozialen Themen zu befassen, ein Präventionsausschussvorsitzender der seinen Ausschuss mit Datenschutz überfordert sieht, ein Umweltausschussvorsitzender der gegen Alleen wettert und einen Landrat der Kreistagsentscheidungen für irrelevant hält, weil sie eh ins Leere laufen.
Der Kreistag begann mit einer Änderung der Tagesordnung. Die CDU-Fraktion hatte sich noch einen Antrag zur KITA-Finanzierung ausgedacht. Der Saal lachte zur Frage unserer Fraktionsvorsitzenden Christiane Latendorf, ob die CDU jetzt links überholen wolle. Er ähnelte auch verdächtig einem Antrag der in der Stadt Grimmen durch DIE LINKE initiiert und als gemeinsamer Antrag aller Fraktionen beschlossen worden war. Im Gegensatz zu dort, war aber eine Dringlichkeit im Kreis kaum zu begründen. Deshalb war die Mehrheit äußerst dünn, ihn auf die Tagesordnung zu setzen (einige Tage später musste der Landrat dem auch noch widersprechen, weil diese nach Kommunalverfassung doch nicht ausgereicht hatte).
Im Bericht des Landrates danach ging es dann um die schlechte Akustik im Kreistagssitzungssaal, neue Fristen im Rettungsdienst, den genehmigten Haushaltsplan und den Beginn der Bauarbeiten beim Breitbandausbau. Er informierte weiterhin über die erfolgte Veröffentlichung der Ausschreibung der Prora-Immobilie. Dabei ging er auf die Anfrage der LINKEn beim Innenministerium ein und räumte bei einem Verkauf über den Wertgrenzen die Zuständigkeit des Kreistages ein. Allerdings wollte er Investitionsverpflichtungen des Käufers beim Verkauf anrechnen und diese dadurch unterwandern. Und dann kam: "wir nordeln.".....
Die folgenden Tagesordnungspunkte wurden relativ geräuschlos und einvernehmlich abgehandelt. Wobei DIE LINKE eine Änderung bei der Schulentwicklungsplanung beschließen ließ, weil die Verwaltung einen Beschluss des Bildungsausschusses vergessen hatte. Bei der Satzung zu den Gemeinschaftsunterkünften von Asylbewerbern führte Karin Breitenfeldt (LINKE) rechtliche Zweifel an. Beschlossen wurde sie trotzdem mit großer Mehrheit.
Danach kamen dann die Anträge der Kreistagsfraktionen. Der gemeinsame Antrag zur Unterstützung des Vogelparks Marlow wurde noch einstimmig gefasst aber schon der Antrag der CDU, den Schaproder Schatzfund im Landkreis auszustellen, begann mit Diskussionen ob auf Rügen oder in Stralsund. Beschlossen wurde dann eine Änderung, die es offen ließ. Bloß blöd, dass die Entscheidung auf Landesebene fallen wird und der Landkreis nicht das geringste Mitspracherecht hat. Den nächsten CDU-Antrag über eine Fortschreibung des Integrierten Verkehrskonzeptes Rügen verwies deren Fraktionschef Kuhn dann lieber selbst in den Wirtschaftsausschuss. Wahrscheinlich um zu verhindern, ihn als absoluten Nonsens zurückziehen zu müssen, weil der Landkreis ein solches Konzept nie erstellt hat. Der Antrag zur Schaffung von Windschutzstreifen wurde dann in den Umweltausschuss verwiesen, nachdem dessen Vorsitzender gegen Alleenbäume gewettert hatte und klar war, dass sie ohne Landerwerb kaum zu realisieren wären.
Der Antrag der Grünen für 50 kostenfreie Teilnahmeberechtigungen beim Rügenbrückenlauf brachte dann allgemeines Kopfschütteln hervor, weil das konkrete Anliegen kaum umsetzbar ist. Immerhin wurde das Grundanliegen, nämlich Förderung der Teilhabe an Kultur und Sport von sozial Benachteiligten von Andrea Zachow (LINKE) in ihrem Redebeitrag befürwortet und eine Verweisung in den Sozial- und den Sportausschuss beantragt. Dies hatte dann den Protest des Sozialausschussvorsitzenden Dr. Zabel zur Folge, der überhaupt nicht erkennen wollte was in "seinem" Ausschuss dazu gesagt werden sollte. Worauf ihn Wenke Brüdgam (LINKE) sanft darauf hinwies, dass Teilhabe ein soziales Thema sei. Trotzdem wurde der Antrag mit den CDU/FDP Stimmen nur in den Sportausschuss verwiesen.
Dann kamen die Anträge der LINKEN.
Der erste, als Appell ans Land gedacht um Straßenausbaubeiträge für Bürger abzuschaffen, wurde vom Ziel her zwar befürwortet, um allerdings einem LINKEn-Antrag nicht zustimmen zu müssen, wurde er in den Haushalts- und Finanzausschuss verwiesen. Was er dort soll, weiß allerdings wohl keiner, denn der Landkreis kann solche Beiträge selbst gar nicht erheben.
Beim zweiten wurde es ganz kurios. Die LINKE beantragte, den nächsten Haushalt als Doppelhaushalt aufzustellen. Eigentlich, um klarzumachen, dass so eine Entscheidung dem Kreistag obliegt, nachdem der Landrat den Doppelhaushalt in einigen Ausschüssen schon angekündigt hat. Landrat Drescher reagierte gereizt und war der Meinung, dass dieser Antrag ins Leere laufe. Was die ihm treu hinterher rennenden Kreistagsmitglieder von CDU und anderen, ohne zu überlegen, dazu brachte den Antrag abzulehnen.
Bei der Ablehnung des LINKEN-Antrages Datenschutz als eine Aufgabe des Präventionsausschusses bewiesen dann die Mehrheit der Kreistagsmitglieder, dass sie von den Herausforderungen der Digitalisierung nicht allzuviel verstanden haben. Bemerkenswert war auch das Gestöhne des Ausschussvorsitzenden Griwahn sich damit nicht auch noch befassen zu müssen. Aua, Fortschritt ist wirklich eine fürchterliche Sache und das erst recht, wenn das Thema alle 3 Monate bei einer Ausschusssitzung auftauchen könnte, also vielleicht, eventuell, manchmal.
Zum Schluss der öffentlichen Sitzung wurde dann der Dringlichkeits-KITA-Antrag der CDU durchgewunken.

"Die Linke ist nicht unkritisch gegenüber Russland"

Linken-Fraktionschef Dietmar Bartsch spricht im Interview mit Matthias Meisner und Hans Monath über Attacken von Heiko Maas gegen Moskau, Drohungen von Donald Trump - und innerparteiliche Konflikte.

Herr Bartsch, Sie waren diese Woche zu Besuch in Kuba. Wie lange wird der Sozialismus dort noch durchhalten?
Entgegen allen Prognosen ist die Situation in Kuba stabil. Ich finde es bemerkenswert, dass die sozialistische Ordnung weiter existiert, auch wenn man aus mitteleuropäischer Sicht viele kritische Bemerkungen machen kann. Tatsache ist aber leider auch: US-Präsident Donald Trump hat alle Lockerungen aus der Zeit Barack Obamas rückgängig gemacht und wieder eine totale Blockade gegen das Land verhängt, das schafft neue Probleme.

Warum sind Sie nun gerade nach Kuba gefahren – aus Nostalgie oder Ostalgie?
Weder noch. Ganz einfach: Die Kubaner hatten mich in ihr wunderbares Land eingeladen, ich war zehn Jahre lang nicht dort. Und Die Linke betreibt mit der Initiative „Cuba Si" ein Solidaritätsprojekt, das uns und den Kubanern sehr wichtig ist.

Donald Trump sorgt nicht nur im Hinblick auf Kuba für neue Probleme…
Allerdings. Die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten war eine Zeitenwende und hat die Welt nicht zum Besseren verändert. Sollte hinter seinen unberechenbaren außenpolitischen Aktionen eine Strategie stecken, dann ist sie hoch gefährlich. Er provoziert es förmlich, dass neue Kriege ausbrechen – etwa nun durch die Aufkündigung des Atomabkommens mit dem Iran.

Kann die EU das Atomabkommen mit dem Iran ohne die USA retten?
Die Bundesregierung und die EU sollten zumindest alles daransetzen, das zu versuchen – gemeinsam mit Russland und China, die auch Vertragspartner Teherans sind. Die Bundesregierung sollte vor den Sanktionsdrohungen Trumps nicht einknicken. Sie darf nicht zulassen, dass dessen Erpressertaktik Erfolg hat. Da muss Europa dagegenhalten – nicht nur mit Worten, sondern durch ganz konkrete Schritte. Die Bundesregierung könnte einen EU-Fonds auf den Weg bringen, der solchen europäischen Unternehmen hilft, die Geschäfte mit dem Iran betreiben und von den US-Sanktionen geschädigt werden.

Der neue US-Botschafter in Berlin, Richard Grenell, fordert deutsche Unternehmen direkt auf, ihre Geschäfte mit dem Iran abzuwickeln…
Dieser Befehlston erinnert mich an die Zeiten, als die Ansagen aus Moskau kamen und die DDR ihnen prompt folgen musste. Die Bundesregierung muss deutlich machen, dass sie selbst, die EU und ihre

Mitgliedsländer eine eigenständige Politik betreiben. Außenminister Heiko Maas sollte im Ringen um das Atomabkommen mit dem Iran an die Politik seiner sozialdemokratischen Vorgänger Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier anknüpfen. Bisher ist Maas vor allem dadurch aufgefallen, dass er mit der Außenpolitik seiner Vorgänger bricht. Ich denke an seine neue Linie gegenüber Russland.

Was stört Sie an der Russlandpolitik von Maas?
Bei aller berechtigter Kritik an Russland ist es nicht zielführend, als erste Amtshandlung die Verkündigung eines Kurswechsels in der Russlandpolitik vorzunehmen. Vor dem ersten Treffen mit dem russischen Außenminister Lawrow erhebt er schwere Vorwürfe gegen Moskau. Das wird die Möglichkeiten deutscher Außenpolitik beschneiden. Die Linke ist nicht unkritisch gegenüber Russland. Aber wir sind der Meinung, dass Völkerrechts- oder Menschenrechtsverletzungen überall und nach gleichen Maßstäben verurteilt werden sollen.

Bricht Maas mit der Tradition der Ostpolitik in der SPD?
Ich hoffe nicht. Ich setze darauf, dass seine eigene Partei ihn wieder einfangen kann. Das pragmatische Verhältnis von Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel zu Russland hat einen wichtigen Beitrag zur Stabilität geleistet. Ohne Russland lassen sich Probleme wie zum Beispiel der Syrien-Konflikt nicht lösen.

Russland hat dem ARD-Dopingexperten Hajo Seppelt die Einreise zur Fußball-Weltmeisterschaft verweigert. Wie bewerten Sie den Umgang Moskaus mit kritischen Journalisten?
Einreiseverbote für Journalisten verstoßen gegen die Pressefreiheit. Russland sollte das überdenken und korrigieren.

Sie erheben Forderungen an die Außenpolitik der Bundesregierung. Müssen Sie nicht auch dafür sorgen, dass Ihre eigene Partei einheitliche außenpolitische Positionen vertritt – etwa in der EU-Politik, gegenüber Russland oder der Türkei?
Die Herausforderungen in der Außenpolitik sind so groß, dass es keine Partei gibt, in der nicht auch unterschiedliche Positionen vertreten werden. Deshalb finde ich es angemessen, dass auch bei uns kontrovers diskutiert wird. In wichtigen Fragen haben wir uns klar positioniert. Beispielsweise haben wir zum 70. Jahrestag der Gründung Israels im Bundestag deutlich gemacht, dass wir zum Staat Israel stehen, selbst wenn wir viel zu kritisieren haben an der derzeitigen Politik.

Als Argument gegen eine rot-rot-grüne Bundesregierung wird immer wieder angeführt, es gebe zu große Differenzen der Partner in der Außenpolitik. Teilen Sie das?
Das ist alles vorgeschobenes Zeugs. Im Moment sind die Differenzen innerhalb der SPD-Führung in außenpolitischen Fragen größer als bei uns, wie Sie an der Debatte über den Umgang mit Russland sehen. Übrigens: Es wäre schlimm, wenn es in der Politik keine Unterschiede zwischen SPD und Linkspartei mehr gäbe. Dann bräuchte man keine Koalition mehr, dann könnte man gleich fusionieren.

Warum geht es eigentlich in Ihrer Partei so unfriedlich zu?
Ich sehe nicht, dass es in meiner Partei unfriedlich zugeht. Weniger gut finde ich, dass wir manchmal Sachfragen als persönliche Auseinandersetzungen debattieren. Dann geht es nur noch darum, wer und was angeblich dahintersteckt oder wer durch einen Beschluss angeblich taktische Vorteile erlangt. Das bringt uns nicht weiter.

Aber harmonisch geht anders, oder?
Wissen Sie: Friedhofsruhe wäre für mich Ausdruck einer gescheiterten Linken - ich will eine aktive Partei, die ernsthaft und lebendig in der Sache diskutiert. Abgesehen davon: Die Bundestagsfraktion macht einen hervorragenden Job. Was wir im Bundestag in der neuen Legislaturperiode erreicht haben, kann sich sehen lassen, zum Beispiel, dass die inakzeptable Kinderarmut und die schwierige Situation Alleinerziehender nicht mehr von der Bundesregierung ignoriert werden.

Was geht Ihnen durch den Kopf, wenn mehr als ein Drittel der Linken-Bundestagsabgeordneten in einem öffentlich gemachten Brief gegen ihre Ko-Fraktionschefin Sahra Wagenknecht rebellieren und ihr einen „nicht integrativen" Führungsstil vorwerfen?
Dann geht mir zunächst durch den Kopf, dass das kein konstruktiver Weg ist, Kritik vorzutragen. Ein Brief, der noch nicht bei der Adressatin, aber schon bei den Medien ist, dient nicht der Sache. Ansonsten darf über alles gestritten werden. Dafür ist die Fraktion da. Es gibt aber bei einigen wenigen die Neigung zu glauben, Politik wird über die Presse entschieden. Das ist falsch.

Dann war es auch falsch, dass Wagenknecht im Oktober vergangenen Jahres vor der Klausur der Bundestagsfraktion in Potsdam die Parteiführung offen und scharf kritisiert hat?
Im Vorfeld der Klausur gab es den Versuch, die Fraktionsspitze abzulösen. Dieser ist gescheitert. Am Ende haben wir, richtiger Weise, eine plurale Fraktionsspitze gewählt. So viel Pluralität wünsche ich mir auch für die zukünftige Parteispitze.

Halten Sie trotz inhaltlicher Differenzen weiter zu Sahra Wagenknecht?
Sahra Wagenknecht und ich hatten und haben neben vielen gemeinsamen durchaus unterschiedliche inhaltliche Positionen, das ist kein Geheimnis. Gemessen daran, funktioniert es zwischen uns gut. Wir arbeiten vertrauensvoll und offen zusammen - und erfolgreich, darauf kommt es am Ende an.

Heftig wird in der Linkspartei auch über Zielgruppen und Wählermilieus diskutiert: Der Parteiführung wird vorgeworfen, sich zu sehr auf die urbanen Milieus zu konzentrieren, Arbeiter und Arbeitslose zu vernachlässigen. Können Sie diesen Streit nachvollziehen?
Entweder-oder ist hier Quatsch. Ich kann verstehen, dass Landesverbände wie Berlin, Hamburg oder Bremen etwas anders an diese Frage herangehen als beispielsweise Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern oder Thüringen. Wir müssen uns aber immer daran erinnern, dass wir aus der Tradition der Arbeiterbewegung kommen. Deswegen müssen natürlich Arbeiter, Arbeitslose und Beschäftigte in unserem Fokus stehen. Von ihnen dürfen wir uns nicht entfernen, nicht in der Sprache, nicht im Habitus. Und wenn wir ehrlich sind: Wir haben uns eigentlich schon entfernt. Das trifft im Übrigen auch für Gewerkschafter, Journalisten und Verantwortliche in Kirchen zu. Deswegen müssen wir darüber reden, wie wir diese Distanz wieder kleiner machen. Denn eine andere Partei hat sich genau diese Distanz zu Nutze machen können.

Sie spielen auf die AfD an. Ein halbes Jahr sitzen nun deren Abgeordnete im Bundestag. Was ist im Umgang mit der AfD gut gelaufen, was nicht?
Maßstab ist, wie weit es gelingt, den Einfluss der AfD zurückzudrängen, sie am Ende wieder aus den Parlamenten und aus den Köpfen raus zu bekommen. Die AfD hat, was ihre inhaltliche Substanz betrifft, extrem wenig anzubieten. Sie läuft dann zur großen Form auf, wenn es um emotional aufgeladene Fragen geht oder Menschen ausgegrenzt werden sollen. Es ist wichtig, die AfD nicht zum zentralen Bezugspunkt der Politik zu machen. Ignorieren kann die höchste Form der politischen Auseinandersetzung sein. Entscheidend ist, Veränderungen im Denken und in den Erfahrungen der Wähler und Anhänger der AfD zu erreichen.

Das heißt, die AfD sollte nicht wie alle anderen Bundestagsparteien behandelt werden?
Zumindest in Teilen ist diese Partei klar rassistisch, das ist auch im Bundestag zu beobachten. Da muss es dann eine grundsätzliche Auseinandersetzung geben. Deshalb ist es übrigens unverantwortlich, wenn die CDU/CSU-Bundestagsfraktion uns mit der AfD auf eine Stufe setzt, indem sie mit beiden Fraktionen keine gemeinsamen inhaltlichen Initiativen zulässt. Das ist ein Rückfall in den Kalten Krieg.

DIE LINKE.

Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Existenz der Fischer sichern – Nationalparkverordnung dennoch umsetzen

Zur Auseinandersetzung um die Fischerei im Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft erklärt der agrarpolitische Sprecher der Linksfraktion im Landtag, Dr. Wolfgang Weiß(Vorpommern-Rügen)am 14. Mai :

„Das Agrar- und Umweltministerium muss Wege finden, die örtlichen Fischer nicht in ihrer Existenz zu gefährden und die Nationalparkverordnung dennoch umzusetzen.
Aus unserer Sicht betreiben die örtlichen Fischer eine umweltschonende und nachhaltige Fischerei, die es auch aus touristischen Gründen zu erhalten gilt. Immerhin wären etwa ein Viertel aller noch existierenden Betriebe der kleinen Küstenfischerei betroffen. Das traditionsreiche Handwerk muss bewahrt werden."
Hintergrund sind Äußerungen des Landwirtschafts- und Umweltministers Till Backhaus die wirtschaftliche Nutzung der Gewässer des Nationalparks Vorpommersche Boddenlandschaft vollständig zu unterbinden. Dies wäre das Aus der Nutzung jahrhundertealter Fischgründe besonders durch die heimische Bodden- und Küstenfischerei.

Pflegenden gebührt nicht nur Dank, sondern auch anständige Bezahlung

Zum Tag der Pflege am 15 Mai erklärt die Vorsitzende der Linksfraktion, Simone Oldenburg:

„Alten- und Krankenpflege brauchen den Stellenwert, der ihnen als sinnvolle, zutiefst menschliche und unverzichtbare Tätigkeiten zusteht. Angesichts der wertvollen Arbeit, die in diesen Bereichen geleistet wird, brauchen Pflegende nicht nur Dank, sondern auch mehr gesellschaftliche Anerkennung und eine anständige Bezahlung. Auch in der Pflege muss gleicher Lohn für gleiche Arbeit gelten. Das sind in der Altenpflege etwa 500 Euro brutto mehr – das entspräche dem Lohn, der im angrenzenden Schleswig-Holstein gezahlt wird.
Meine Fraktion fordert für pflegende Angehörige mehr Auszeiten und eine bessere Absicherung bei der Rente und für professionell Pflegende mehr Personal und eine bessere Vergütung. Politiker aller Couleur reden von mehr gesellschaftlicher Anerkennung und einer besseren Unterstützung. Da muss endlich was passieren. Es muss aufhören, dass Angehörige durch die Pflege eines Kindes, Elternteils oder des Lebenspartners selbst zum Pflegefall werden. Und es muss aufhören, dass professionelle Pflegekräfte wegen der teilweise unzumutbaren Arbeitsbedingungen und schlechten Bezahlung nach 6 bis 8 Jahren diesen Beruf aus Selbstschutz verlassen."

Diese Forderung reiht sich ein in die aktuelle bundesweite Kampagne der LINKEN:

„Menschen vor Profite: Pflegenotstand stoppen!"

mit den zentralen Punkten:

100 000 Krankenpflegerinnen und -pfleger mehr
Gesetzlicher Personalschlüssel
Ärztemangel und Krankenhausschließungen stoppen
40 000 Altenpflegerinnen und -pfleger mehr
Kein Lohn unter 14,50 Euro in der Altenpflege

www.linksfraktionmv.de

Gutachten: Strategiefonds verfassungswidrig

Zur Vorstellung der wesentlichen Ergebnisse des Gutachtens von Prof. Dr. Michael Kilian zum Sondervermögen „Strategiefonds des Landes Mecklenburg-Vorpommern“

im Finanzausschuss hat sich die finanzpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Jeannine Rösler, dazu folgendermaßen geäußert (gekürzt):

Der Strategiefonds ist aus unserer Sicht nicht nur politisch eine völlige Fehlkonstruktion. Er ist es vor allem rechtlich, und zwar verfassungsrechtlich und einfachgesetzlich. Aus diesem Grund haben wir den Strategiefonds umfassend gutachterlich prüfen lassen. Das vorliegende Gutachten des Verfassungsrechtlers Prof. Kilian hat meine Fraktion vor zwei Tagen öffentlich vorgestellt. Seine Ergebnisse sprechen eine klare Sprache.

Um es klar zu sagen: Viele Projekte sind grundsätzlich unterstützenswert aber bitte schön nicht verpackt als „Förderbescheid“ der örtlichen Abgeordneten von SPD und CDU. Wir erwarten keinen PR-Fonds für die Koalitionsfraktionen. Wir erwarten, dass die Kommunen so ausgestattet werden, dass die Gemeinden Selbstverständlichkeiten wie ihre Pflichtaufgaben selbst finanzieren können. Wir erwarten, dass Sportvereine das bekommen, was sie benötigen, und wir erwarten vor allem, dass alle Vereine die gleichen Chancen haben.
Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung stärken, nicht eine Politik der Selbstbedienung der Regierenden. Diesen Politikansatz erkennt man auch in der neuen Projekteliste. Das Budget für die Projekte haben die Koalitionsfraktionen nahezu vollständig ausgeschöpft. Nicht von ungefähr sprachen Minister Backhaus oder Ministerin Hesse öffentlich von einem Fonds der Koalitionsfraktionen, vom Geld der Koalitionsfraktionen. Niemand kann erwarten, dass wir als Oppositionsfraktion dabei auch noch mitmachen.

Die Fraktion DIE LINKE im Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat deshalb eine Verfassungsklage angekündigt. (Anm. Red.)

Fraktionsvorsitzende strebt stellvertretenden Parteivorsitz der Bundespartei an

Simone Oldenburg
Kandidatur für den stellvertretenden Parteivorsitz

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
ich lebe und arbeite in einem traumhaften Bundesland, über das wir aber bis auf die Landschaft, die unendlich vielen Seen und natürlich die Ostsee nicht so viel Gutes hören.
Die Politik der rot-schwarzen Landesregierung macht es den Menschen, die in Mecklenburg-Vorpommern leben, schwer, hier eine Arbeit zu finden, von deren Lohn sie gut leben können. Bereits für Jugendliche ist es schwierig, erfolgreich eine Berufsausbildung zu absolvieren.
Viele Menschen sind arm oder von Armut bedroht. Mecklenburg-Vorpommern ist in vielerlei Hinsicht das Land der Schlusslichter.
Aber obwohl oder gerade weil wir in der Opposition sind, gelingt es uns durch Beharrlichkeit, durch unsere Vorschläge und Initiativen, Frauen und Männer, Jugendliche und Kinder in den Mittelpunkt zu rücken, um ihre Lebensverhältnisse spürbar zu verbessern.
Diese Erfahrungen möchte ich gern in die Arbeit im Parteivorstand einbringen und so an der Entwicklung von Ideen und Vorhaben unserer Partei mitwirken. Ich will mich dafür einsetzen, dass sich DIE LINKE weiter profiliert, sie sichtbarer und hörbarer wird. Nicht zuletzt möchte ich mich dafür stark machen, dass Lösungen für offene Fragen gemeinsam und im Konsens gefunden werden.
Darum bewerbe ich mich als stellvertretende Parteivorsitzende.

Unterstützung findet ihre Kandidatur sowohl vom Fraktionschef der Bundestagsfraktion Dietmar Bartsch, als auch vom Fraktionskollegen und Landesvorsitzenden in MV, Torsten Koplin.

DIE LINKE. in der Stadtvertretung Grimmen

Märzsitzung der Stadtvertretung

Alle Gemeinden im Land Mecklenburg Vorpommern sind per Gesetz dazu verpflichtet worden eine Selbsteinschätzung der finanziellen Leistungsfähigkeit vorzunehmen. Der Grund ist auszuloten, inwieweit Gemeindefusionen sinnvoll oder notwendig sind. Dazu sollten Ausschüsse oder Arbeitsgruppen aus Verwaltungen und Stadt- bzw. Gemeindevertretungen einen Fragenkatalog nach einem Punktesystem abarbeiten. Abgabetermin war der vergangene Oktober. Nun war man in der Grimmener Verwaltung der Meinung, sich nicht daran halten zu müssen, weil ja keine Fusion gewollt ist. Aber falsch gedacht, Gesetz ist Gesetz und so hat die Verwaltung das Papier, wohl nach einer Ermahnung vom Innenministerium, flugs ohne Beteiligung der Stadtvertretung zusammengeschrieben und der Stadtvertretung zum Abnicken vorgelegt. Die CDU-Vertreter waren damit auch voll und ganz zufrieden.
71 von 100 Punkten hatte sich die Verwaltung gegeben und damit der Stadt Grimmen die Zukunftsfähigkeit formal bescheinigt. Unverständlich ist allerdings die Einschätzung der nicht gegebenen dauernden finanziellen Leistungsfähigkeit. Im RUBIKON gab man sich 0 Punkte, was bedeuten würde, dass Grimmen finanziell am Ende ist obwohl die Abrechnungen der vergangenen Jahre das Gegenteil beweisen. Und das die Leistungsfähigkeit wohl doch nicht so katastrophal ist, kann sich jeder an fünf Fingern ausrechnen, der um die großzügige und vielleicht auch richtige Unterstützung des Veranstaltungszentrums „Am Pommerndreieck" weiss. Besser bekannt als Stockcargelände.

Grimmen putscht auf der Maisitzung

Vor etwa einem Jahr hatte die Grimmener Stadtvertretung in einem offenen Brief an die Landesregierung in Schwerin dringend Verbesserungen bei der Finanzierung der Kindergarten und Kinderkrippenplätze gefordert. Außer, dass gefühlt jede zweite Woche neue Versprechungen in der Presse zu lesen waren, ist nichts nachhaltiges passiert. Die groß angekündigte Beitragsentlastung von 50 Euro für die Eltern wurde zwischenzeitlich durch Kostensteigerungen wieder aufgefressen. Jetzt sind wieder einige Betragserhöhungen von Kindertageseinrichtungen in Grimmen der Stadtvertretung zum Abnicken vorgelegt worden. Geld, das diese Einrichtungen auch, das ist unstrittig, dringend brauchen. Diesmal aber war für die Stadtvertretung das Maß voll. Sie wollte sich nicht mehr als „Stimmvieh" missbrauchen lassen und fasste in der Sitzung der Stadtvertretung am 3. Mai gemeinsam folgenden Beschluss als Signal in Richtung Landeshauptstadt:

Die Stadt Grimmen stellt fest, dass es keine Grundlage für eine freie Entscheidung über ein Einvernehmen zwischen der Stadt und Vertragspartnern von Leistungsverträgen in der Kindertagespflege gibt. Die kommunale Selbstverwaltung wird hier durch fest stehende Vorgaben Dritter und Vorgaben des KIFÖGs, die nicht geändert werden können, für die Stadt Grimmen aufgehoben.
Ob die Stadtvertretung dem Einvernehmen zustimmt oder nicht ist letztendlich bedeutungslos, bzw. würde allenfalls die notwendige Kostenerstattung an Träger verzögern.
Der bisherige Verteilungsschlüssel der Kostenaufteilung zwischen Land, Kreis, Wohnsitzgemeinde und Eltern laut KIFÖG wird durch die Stadt Grimmen mit dem Ziel hinterfragt, die lang angekündigte für Eltern kostenfreie Kita einzuführen.
Ab dem 1.7.2019 muss damit gerechnet werden, dass die Stadt Grimmen dem Einvernehmen nur noch zustimmt, wenn die oben genannten Punkte berücksichtigt werden und eine nachhaltige Verbesserung der finanziellen Beteiligung der Eltern auch in finanzschwächeren Kommunen umgesetzt wird.

Und damit es nicht falsch verstanden wird, haben die Stadtvertreter unisono die neuen Leistungsverträge abgelehnt und dem Bürgermeister die Zustimmung nicht genehmigt. Da seitens der Stadtverwaltung niemand die rechtlichen Folgen abschätzen konnte oder wollte, obwohl sie sich schon in den Ausschüssen abgezeichnet hatte, bleibt allerdings abzuwarten wie die Geschichte ausgeht.

*

Internationaler Frauentag

In diesem Jahr sagte DIE LINKE Grimmen den Frauen und Mädchen der Stadt und natürlich des gesamten Umlandes mit einer Plakataktion Danke.
Anlass war der Internationale Frauentag, der am 8. März begangen wird. Er entstand als Initiative sozialistischer Organisationen in der Zeit um den Ersten Weltkrieg im Kampf um die Gleichberechtigung, das Wahlrecht für Frauen und die Emanzipation von Arbeiterinnen. Die Vereinten Nationen erkoren ihn später als Tag der Vereinten Nationen für die Rechte der Frau und den Weltfrieden aus. Das Datum 8. März geht auf einen Vorschlag der bulgarischen Delegation auf der Zweiten Internationalen Konferenz kommunistischer Frauen 1921 in Moskau zu Ehren der Rolle der Frauen in der Oktoberrevolution zurück.
Heute soll am Frauentag nicht nur Danke gesagt werden. Der Tag wird auch dazu genutzt, um weiter auf bestehende Ungerechtigkeiten, zum Beispiel beim durchschnittlichen Einkommen oder bei der Besetzung von Führungspositionen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Und um daran zu erinnern, dass die Gleichberechtigung in vielen Ländern der Welt lange nicht so weit ist wie bei uns

Buchlesung und Kegeln – Veranstaltung für Körper und Geist

Der Regionalverband hatte gemeinsam mit der Rosa Luxemburg Stiftung aus Anlass des Internationalen Frauentages, aber nicht nur für Frauen, eine Buchlesung in der Grimmener Kegelhalle organisiert. Landtagsmitglied Dr. Wolfgang Weiß las vor den etwa 25 Anwesenden Texte über Frauen und Beziehung zwischen den Geschlechtern in der Zeit von Ringelnatz, Tucholski und Brecht.
Anschließend bewiesen die Frauen, wer beim Kegeln das starke Geschlecht ist.

8. Mai

Ehrendes Gedenken

Auch in diesem Jahr legten, organisiert durch die Regionalvorsitzende unserer Partei Ingrid Hoffmann, wieder einige Bürger der Stadt und dem Umland aus Anlass des Tages der Befreiung vom Hitlerfaschismus Blumen an den Gedenkstätten am alten Friedhof in Grimmen nieder.
Vor 73 Jahren endete mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht der Zweite Weltkrieg in Europa. In Asien wurde noch schreckliche 3 Monate weiter gekämpft. Stadtvertreter Armin Latendorf erinnerte in einer kurzen Ansprache an die mehr als 60 Millionen Menschen, die während des Krieges an der Front fielen, in Konzentrationslagern ermordet wurden oder auf der Flucht an Hunger, Kälte und Gewalt starben. Er schlug den Bogen aber auch in die heutige Zeit mit ihren vielen kriegerischen Auseinandersetzungen, die immer auch eine Gefahr für den Frieden auf der ganzen Welt darstellen.

Wir gratulieren herzlich zum Geburtstag:

im April

Friedrich Ewert aus Grimmen
Irma Flack aus Grimmen
Armin Latendorf aus Grimmen
Edmund Hetze aus Klevenow
Detlef Reinke aus Horst

im Mai
Elke Nikoleizig aus Grimmen
Andreas Kloska aus Grimmen
Heinz Kurze aus Grimmen
Rainer Jung aus Zarrendorf

im Juni

Stefanie Jeske aus Grimmen
Annalies Kießling aus Greifswald
Günter Reinhold aus Grimmen
Gabriele Kussin aus Sievertshagen
Eberhard Bohn aus Grammendorf
Rainer Lembke aus Zarrentin
Ina Latendorf aus Peckatel

im Juli:
Gisela Kempfert aus Grimmen
Brigitte Dinse aus Bremerhagen
Ilse Parischke aus Glewitz

im August:
Andrea Jeske aus Grimmen
Rolf Schindler aus Grimmen
Eckhard Witt aus Grimmen
Peter Latendorf aus Bremerhagen

Termine der *LINKEN*:

8. - 10. Juni – Bundesparteitag in Leipzig
15. Juni - Kreisvorstandssitzung
12. Juni - Sitzung Kreistagsfraktion
23. Juni - Regionalversammlung Grimmen mit Brunch in Bremerhagen
28. Juni - Stadtfraktion Grimmen

10. Juli - Sitzung Kreistagsfraktion
19. Juli - Sitzung Stadtfraktion Grimmen
23. August - Kreisvorstandssitzung
28. August - Kreistagsfraktion
30. August - Stadtfraktion Grimmen
20. Oktober – Landesparteitag in Grimmen

* Sprechtag der Stadt- und der Kreistagsfraktion im Grimmener Parteibüro
Armin Latendorf, jeden Donnerstag von 10:00 – 15:00

* Bürgersprechstunde der Wahlkreismitarbeiterin des Landtagsabgeordneten Dr. Wolfgang Weiß
Ingrid Hoffmann, in der Regel **Montag - Donnerstag** 10:00-14:00

* Bürgersprechstunde der Bundestagsabgeordneten Kerstin Kassner nach Presseankündigung

* Sozialberatung mit Rechtsanwalt Alexander Schmidt jeden letzten Donnerstag im Monat (nächster Termin 28. Juni, Voranmeldung erwünscht)

www.die-linke-grimmen.de

V. i. S. d. P. Armin Latendorf
Regionalvorstand
DIE LINKE. Grimmen
Geschäftsstelle Grimmen
Lange Str. 21
18507 Grimmen